



wirtschaftsempfang

SEITE 2
Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion

SEITE 3
Durchbruch für mehr Lohngerechtigkeit



SEITE 4/5
Im Interview: Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion

SEITE 6
Alleinerziehende besser unterstützen



SEITE 7
Berufliche und akademische Bildung besser verzahnen

SEITE 8
Mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderung

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 5/2016

Klare Regeln gegen Lohndumping

Die SPD-Fraktion schiebt Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen einen Riegel vor.

Fast eine Million Menschen waren im Jahr 2015 als Leiharbeiter beschäftigt. Sie verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als die Stammbesetzung, haben schlechtere Arbeitsbedingungen und weniger Rechte. In den letzten Jahren haben Arbeitgeber Leiharbeit verstärkt genutzt, um Lohndumping zu betreiben. Es gibt Leiharbeiter, die bis zu zehn Jahre in demselben Entleih- bzw. Einsatzbetrieb arbeiten. Zunehmend werden auch Werkverträge missbraucht, um Leiharbeit zu umgehen. Dabei werden Verträge zwischen zwei Unternehmen als Werkverträge bezeichnet, obwohl es sich eigentlich um Leiharbeit handelt.

Gleicher Lohn nach neun Monaten

Seit langem kämpft die SPD-Fraktion deshalb für klare Regeln, die diesen Missbrauch verhindern. Jetzt hat der Bundestag – nach langem Zögern von CDU und CSU – ein entsprechendes Gesetz beschlossen.

Es führt die Instrumente Leiharbeit und Werkverträge wieder auf ihre eigentlichen Zwecke zurück: Leiharbeit soll Unternehmen helfen, Auftragspitzen abzuwickeln und zeitlich begrenzte Personalengpässe zu überwinden. Über Werkverträge sollen Leistungen, die nicht vom Unternehmen selbst erbracht werden können, an ein anderes Unternehmen vergeben werden können.

„Die Leiharbeit wird auch zukünftig die nötige Flexibilität für Auftragspitzen oder Vertretungen bieten, der Verdrängung von Stammbesetzungen wird damit jedoch entgegengewirkt“, sagt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht.



Gleiche Arbeit, schlechtere Bedingungen: Leiharbeiter werden oft deutlich schlechter gestellt als die Stammbesetzung.

Konkret sieht das Gesetz vor, dass Leiharbeiter nach neun Monaten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten müssen wie die Stammbesetzung (Equal Pay). Davon kann nur abgewichen werden, wenn ein Branchenzuschlagstarif besteht. Zudem gilt eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten. Wenn sie überschritten wird, entsteht ein Arbeitsverhältnis mit dem Entleihbetrieb. Auch hier gilt: Abweichung nur auf Grundlage von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen. Zudem dürfen Leiharbeiter nicht als Streikbrecher eingesetzt werden.

Für den Einsatz von Werkverträgen will die Koalition mehr Transparenz schaffen: Betriebsräte haben künftig das Recht, über Art und Umfang der vergebenen Aufgaben und die vertragliche Ausgestaltung des Einsatzes von Fremdpersonal informiert zu werden. Auch können Scheinwerkverträge nicht

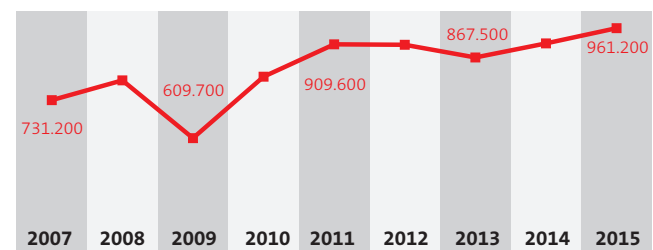
mehr durch eine sogenannte Vorratsverleiherlaubnis nachträglich legitimiert werden. Zudem definiert der Gesetzentwurf klar, wann tatsächlich ein Werkvertrag und wann ein normales Arbeitsverhältnis vorliegt. Das schafft Rechtssicherheit.

Die neuen gesetzlichen Regelungen helfen verantwortungsvoll handelnden Unternehmen, deren Flexibilität nicht eingeschränkt wird. Sie richten sich

vielmehr gegen die schwarzen Schafe, die die bisherigen Regeln missbraucht haben.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das Gesetz ein erster wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Es tritt zum 1. April 2017 in Kraft. Die Höchstüberlassungsdauer und Equal Pay gelten für Verleihzeiten ab diesem Datum. ■

So viel Leiharbeit war nie



Als Leiharbeiter waren in Deutschland zur Jahresmitte beschäftigt...

AB 2013 VERÄNDERTE ZÄHLUNG / QUELLE: DEUTSCHER BUNDESTAG 2016

Meldungen

Kooperationsverbot für Schulen fällt

Im Zuge der Einigung über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen konnten die Sozialdemokraten eine wichtige langjährige Forderung durchsetzen: Der Einstieg in das Ende des Kooperationsverbots ist geschafft. Damit kann endlich auch der Bund in gute Schulen investieren und die Länder bei dringend nötigen Investitionen in die Schulinfrastruktur von strukturschwachen Kommunen unterstützen. Bislang ist ihm eine solche Kooperation mit den Ländern im Schulbereich untersagt. Mit der ver einbarten Grundgesetzänderung wird dieses Verbot nun aufgebrochen. Für entsprechende Investitionen stellt der Bund im ersten Schritt 3,5 Milliarden Euro bereit. Hierfür hat die SPD-Bundestagsfraktion seit Jahren gekämpft. Denn für die Sozialdemokraten ist klar: Moderne, gut ausgestattete Schulgebäude und Klassenräume und eine zeitgemäße IT-Ausstattung sind entscheidend für mehr Chancengleichheit in der Bildung. ■

Antibiotika: Resistenzen vermeiden

Antibiotika gehören zu den größten medizinischen Errungenschaften bei der Behandlung von bakteriellen Infektionen. Allerdings stellt die zunehmende Entwicklung von Antibiotika-Resistenzen ein bedrohliches Problem dar. Es besteht das Risiko, dass bisher wirksame Medikamente gegen bakterielle Infektionen gar nicht mehr oder nur noch begrenzt helfen. Jede Anwendung bei Mensch oder Tier birgt das Risiko einer Resistenzbildung. Deshalb fordern die Fraktionen von SPD und CDU/CSU in einem gemeinsamen Antrag die Bundesregierung dazu auf, die Überwachungssysteme zum Antibiotika-Verbrauch zu stärken, die Qualität der Antibiotika-Verordnungen zu verbessern und die Bevölkerung weiter für das Thema zu sensibilisieren. Daneben gilt es, einen einheitlichen Rechtsrahmen für ein umfassendes Hygiene-, Gesundheits- und Haltemanagement in der Tierhaltung zu entwickeln. ■



Hubertus Heil (r.) diskutiert mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft.



Thomas Oppermann mit Bill McDermott, Vorstandssprecher der SAP SE.

Kein Erfolg ohne Investitionen

Deutschland braucht Investitionen – in die Infrastruktur genauso wie in den sozialen Zusammenhalt. Das ist das Fazit des 5. Wirtschaftsempfangs der SPD-Bundestagsfraktion.

Wie sichern wir wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt für die Zukunft? Wo müssen wir investieren? Darüber diskutierte die SPD-Fraktion Ende September mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft bei ihrem Wirtschaftsempfang in Berlin.

Die gute Nachricht verkündete SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil direkt am Anfang: Die deutsche Volkswirtschaft sei robust, die Beschäftigung so hoch wie noch nie seit der Wiedervereinigung, Bürgerinnen und Bürger seien zufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Lage. Allerdings habe es auch lange nicht mehr so viel Verunsicherung und Angst vor der Zukunft gegeben wie heute. Verantwortliche Politik dürfe die Sorgen der Menschen nie ignorieren, sagte Heil. Aber sie dürfe auch keine Ängste schüren. „Sie muss Lösungen anbieten.“ Wie aber sehen die aus? „Wir brauchen Investitionen in die Wirtschaft und Infrastruktur, um auch

morgen gut dazustehen. Wir brauchen aber auch Investitionen in den sozialen Zusammenhalt im Land.“

Bildung ist der Schlüssel

Die Gäste auf dem Podium waren sich einig: Ein Schlüssel liegt in der Bildung und deren Infrastruktur. Es dürfe nicht sein, „dass Grundschüler in der Schule nicht auf die Toilette gehen wollen, weil sie zu dreckig sind“, brachte es Prof. Dr. Henrik Enderlein von der Hertie School of Governance auf den Punkt. „Deutschland ist zu lange auf Verschleiß gefahren“, sagte die Vorsitzende des ver.di Gewerkschaftsrates Monika Brandl. Von der Privatwirtschaft forderte sie Investitionen, die langfristig wirken und nicht auf kurzfristige Gewinne setzen. „Kunden und Beschäftigte müssen im Mittelpunkt stehen, nicht nur die Aktionäre.“

Geht es nach Bill McDermott, Vorstandssprecher des deutschen Softwareunternehmens SAP SE, müssen

Deutschland und Europa vor allem in einem Bereich investieren: die Digitalisierung. Dabei seien Staat und die Privatwirtschaft gleichermaßen in der Verantwortung. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sieht dafür gerade die Sozialdemokraten gut gerüstet. „Wir haben mit richtigen politischen Rahmenbedingungen dafür gesorgt, dass es Deutschland wirtschaftlich so gut geht.“

Die Gründe für Deutschlands wirtschaftliche Stärke waren auch Thema des Vortrags von Mariana Mazzucato, Professorin für Innovationsökonomie von der University of Sussex. Dazu gehören aus ihrer Sicht eine geduldige öffentliche Wirtschaftsförderung und eine exzellente Grundlagenforschung mit guter Verbindung zur Wirtschaft. Außerdem habe Deutschland einen speziellen Typ von Kapitalismus, der dank starker Sozialpartnerschaft auf Verhandlungen und Teilhabe basiere und dadurch sehr gut funktioniere. ■

Rentenübergänge flexibel gestalten

Beschäftigte sollen den Übergang in den Ruhestand selbstbestimmt gestalten können. Das ist das Ziel eines entsprechenden Gesetzes, das der Bundestag Ende Oktober beschlossen hat.

„Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesund und fit das Rentenalter erreichen und nicht wie bisher aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen, arbeitslos werden oder auf Erwerbsminderungsrente angewiesen sind“, sagt dazu die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Katja Mast. Künftig können Beschäftigte leichter vor Erreichen der Regelaltersgrenze eine Teilzeitarbeit durch eine Teilrente ergänzen. Zudem können Erwerbstätige bereits ab 50 Jahren zusätzliche Beiträge zum Ausgleich von Abschlägen in die Rentenversicherung einzahlen. Das gibt ihnen fünf Jahre mehr Zeit, um Beiträge für einen früheren Rentenzugang aufzubringen. Ein Gesundheitscheck ab dem 45. Lebensjahr soll dazu führen, dass berufsbedingte Belastungen und Krankheiten frühzeitig erkannt werden, die einer Fortführung der Beschäftigung bis zur

Rente im Wege stehen könnten. Auch für Menschen, die gerne über ihre Regelaltersgrenze hinaus arbeiten wollen, schafft das Gesetz neue Anreize. Sie können auf die Versicherungsfreiheit verzichten, um weitere Entgeltpunkte in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwerben.

Skeptisch sieht die SPD-Fraktion allerdings die befristete Abschaffung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte jenseits der Regelaltersgrenze. Diese Maßnahme ist als Kompromiss mit dem Koalitionspartner aufgenommen worden. ■

Gleichstellung: Durchbruch für mehr Lohngerechtigkeit

Mit einem Gesetz für Lohngerechtigkeit macht die SPD-Fraktion den nächsten Schritt für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Frauen verdienen in Deutschland immer noch deutlich weniger als Männer – im Durchschnitt 21 Prozent. Selbst wenn man herausrechnet, dass sie häufiger in Teilzeit und in Berufen mit geringen Verdiensten arbeiten sowie seltener in Führungspositionen aufsteigen, bleibt am Ende immer noch eine Lücke von durchschnittlich sieben Prozent. Das heißt: Wenn Frauen die gleiche Arbeit machen und die gleiche Qualifikation mitbringen, werden sie nicht gleich bezahlt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert schon seit Jahren ein Gesetz gegen diese Ungerechtigkeit. Mehrere Monate hat die Union einen entsprechenden Gesetzentwurf von Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig blockiert. Jetzt hat sich der Koalitionsausschuss geeinigt. „Nach intensiven Verhandlungen ist es endlich gelungen, die Blockadehaltung der Union aufzubrechen und die Eckpunkte für ein Lohngerechtigkeitsgesetz festzulegen“, sagt Sönke Rix, Sprecher der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Fraktion.

Die zentralen Punkte des geplanten Gesetzes: In Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten erhalten Angestellte einen individuellen Auskunftsanspruch, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden. Gehaltsunterschiede müssen dokumentiert werden. Bei Firmen mit Tarifbindung soll es Aufgabe des Betriebsrates sein, die Auskunft für die Betroffenen einzuholen. Bei Betrieben



Künftig gibt es für Frauen mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

ohne Tarifbindung können sich die Beschäftigten direkt an den Arbeitgeber wenden. Auch im öffentlichen Dienst haben die Beschäftigten einen entsprechenden Auskunftsanspruch.

Damit bekommen mehr als 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Auskunftsrecht darüber, wie sie im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen bezahlt werden.

Großer Schritt für Gerechtigkeit

Zudem sollen Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten dazu aufgefordert werden, mindestens alle fünf Jahre ein betriebliches Prüfverfahren zur Lohngleichheit durchzuführen. Lageberichtspflichtige Unternehmen (Kapitalgesellschaften) ab 500 Beschäftigten müssen künftig regelmäßig über

Maßnahmen zur Gleichstellung und zur Entgeltgleichheit im Unternehmen berichten.

Bei den Gewerkschaften stößt das geplante Gesetz auf Zustimmung. „Der Gesetzentwurf ist ein erster wichtiger Schritt für mehr Lohngerechtigkeit und Transparenz“, sagt Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall. Jetzt gelte es, den Entwurf rasch in ein taugliches Gesetz zu gießen, denn ungleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit passe nicht mehr in die moderne Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts. Auch der DGB begrüßt, dass der Koalitionsausschuss den Weg für ein Gesetz frei gemacht hat. Die Regierung trage damit endlich das Thema Lohngerechtigkeit in die Betriebe und Dienststellen hinein. ■

Editorial



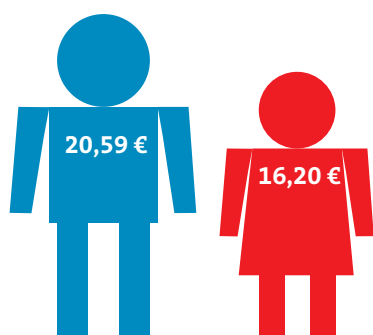
Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser, Zeitarbeit hat in Deutschland eine lange Tradition und die ursprüngliche Idee, damit Personalengpässe abzufedern, war gut. Ohne Zweifel braucht die deutsche Wirtschaft auch heute flexible Arbeitsmarktinstrumente, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Mit dem wachsenden Einsatz von Leiharbeit über Jahrzehnte ist der gesamte deutsche Arbeitsmarkt jedoch in eine Schieflage geraten, die viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schlechten Arbeitsbedingungen abfedern mussten. Mit dem Gesetz zur Arbeitnehmerüberlassung, das 2017 in Kraft treten wird, beenden wir nun den Missbrauch.

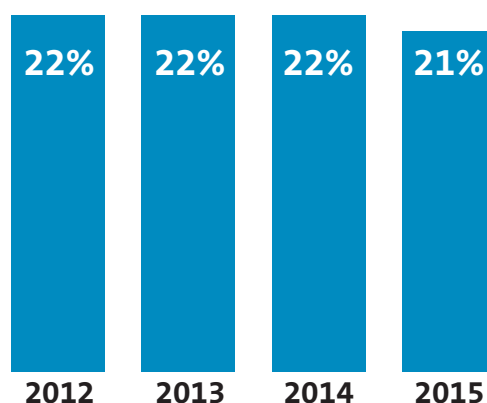
Für über 900.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wird es künftig eindeutige Grundlagen für ihren Einsatz in Fremdfirmen geben. Das ist ein Riesenerfolg. Wir wollen, dass gute Arbeit auch fair bezahlt wird. Deshalb greift der Grundsatz des Equal Pay. Nach neun Monaten bekommen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nun den gleichen Lohn wie die Stammebelegschaft. Mit der Einführung der Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und dem Verbot, Zeitarbeiter als Streikbrecher einzusetzen, stärken wir die Arbeitnehmerrechte. Das ist wichtig für den sozialen Frieden im Betrieb. Wir setzen mit dem Gesetz Mindeststandards. Wir wollen auch weiterhin die Sozialpartnerschaft stärken. Deswegen darf von Equal Pay und Überlassungshöchstdauer nur durch einen Tarifvertrag abgewichen werden. Damit werden Spielräume geschaffen, damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer eigenständig neue Tarifverträge mit passgenauen Regeln aushandeln. Es wurde höchste Zeit, praxistaugliche Maßnahmen zu entwickeln, um Menschen vor prekären Arbeitsbedingungen besser zu schützen. Am 21. Oktober 2016 haben wir im Bundestag einen wichtigen Schritt hin zu mehr guter Arbeit getan. ■

Deutliche Lohnlücke zwischen Frauen und Männern

Im Jahr 2015 verdienten Frauen durchschnittlich 16,20 Euro brutto pro Stunde. Das waren 21 Prozent weniger als Männer (20,59 Euro brutto pro Stunde).



Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern bleibt in Deutschland seit Jahren fast konstant.



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT 2016



»Wir brauchen einen starken Staat, der investiert«

Eine Gesellschaft, die sozial auseinanderfällt, bleibe unter ihren Möglichkeiten, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil. Im Interview fordert er mehr Investitionen – vom Staat ebenso wie von der Privatwirtschaft.

Wenig Arbeitslosigkeit, solides Wachstum und ausgeglichene Staatshaushalte – Deutschland geht es so gut wie lange nicht mehr. Warum ist das so?

Weil wir in Deutschland in der Vergangenheit vieles richtig gemacht haben, etwa dass wir uns im Gegensatz zu anderen Ländern nicht aus unserer industriellen Fertigung verabschiedet haben. Heute haben wir eine starke Industrie, wie es sie in keiner anderen Volkswirtschaft in Europa gibt. Dazu haben wir eine funktionierende Sozialpartnerschaft, die gerade in schwierigen Zeiten – zum Beispiel in der Finanzkrise – geholfen hat, einen Tsunami am Arbeitsmarkt zu verhindern. Es gibt aber keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit wir auch in fünf oder zehn Jahren noch wirtschaftlichen und damit auch sozialen Erfolg in Deutschland haben.

„Wir haben in der Vergangenheit vieles richtig gemacht“

Trotz der guten wirtschaftlichen Lage erleben wir gerade in der Bevölkerung eine steigende Unzufriedenheit, vor allem gegenüber der Politik, und ein Erstarken des rechten Randes. Wie passt das zusammen?

Es ist eine paradoxe Situation, das erlebe ich auch in zahlreichen Gesprächen. Viele Menschen sind zufrieden und auch stolz auf die wirtschaftliche Lage unseres Landes, so wie sie heute ist. Gleichzeitig aber machen sie sich Sorgen um die Zukunft. Aus diesen

Ängsten und Sorgen versuchen rechte Kräfte politisches Kapital zu schlagen. Es ist ein Geschäftsmodell der Angst, dem wir etwas entgegensetzen müssen. Nämlich realistische Lösungen, wie die Dinge besser werden können.

Was sind das für Ängste und Sorgen, die die Menschen haben – und wie kann die Politik darauf reagieren?

Ich glaube, es ist eine Mischung aus verschiedenen Ängsten, die auch schon vor der Flüchtlingsbewegung da waren. Sie hat nochmal wie ein Katalysator gewirkt. Wir erleben gerade, dass wir uns nicht von der Welt abkoppeln können. Weltweit gibt es zahlreiche Konflikte und Kriege, etwa in Syrien oder der Ukraine, zudem Terroranschläge mitten in Europa. Die Welt ist ein Stück weit aus den Fugen geraten. Deshalb müssen wir unsere Möglichkeiten nutzen, mit einer vernünftigen Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik Konflikte,

die die Menschen in die Flucht treiben, entscheidend zu entschärfen. Hinzu kommen soziale Fragen, die es auch unabhängig von Flüchtlingen schon gegeben hat, etwa Wohnungsprobleme in großen Städten. Das Gleiche gilt für die Probleme in unserem Bildungssystem, allen voran die sozialen Ungleichheiten. Sie rücken natürlich noch mehr ins öffentliche Bewusstsein, wenn wie allein bis 2015 etwa 325.000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter als Flüchtlinge dazukommen.

Wie die Politik darauf reagieren muss, ist für uns Sozialdemokraten klar: Wir brauchen gerade in solchen Zeiten einen starken handlungsfähigen Staat, auf den man sich verlassen kann. Wir brauchen jetzt einen Staat, der in Sicherheit, in Bildung und in Infrastruktur investiert und der seinen Aufgaben gewachsen ist. Nämlich gute Chancen in diesem Land für alle zu sichern.

Fangen wir bei der Bildung an. In Deutschland entscheidet vor allem die Herkunft über die Bildungschancen eines Kindes, nicht Talent oder Leistung. Warum ist das so?

Die Ursachen sind vielfältig: Wir haben soziale Schieflagen in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Wir haben ein Bildungssystem, das in vielen Bereichen nicht gut ausgestattet ist und zu wenig Personal und Zeit hat, um jedes Kind wirklich individuell bestmöglich zu fördern. Wir haben in Deutschland viel zu spät auf die frühe Förderung von Kindern gesetzt, und wir haben nach wie vor zu wenige Ganztagschulplätze, vor allem bei Grundschulern. Und: Wir haben einen riesigen Investitionsstau was den Zustand der Lernorte betrifft. Der Städte- und Gemeindebund sagt, dass jede zweite Schule sanierungsbedürftig ist. Die KfW spricht von einem Investitionsstau von 34 Milliarden Euro.

Das klingt vor allem nach einem Geldproblem. Wie löst man diesen Investitionsstau?

Das geht nur, wenn Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen können. Das war bisher nicht möglich wegen des Kooperationsverbotes, das heißt der Bund durfte sich nicht an der Finanzierung von Schulen beteiligen. Wir haben es jetzt mit der Einigung

„Wir brauchen einen Staat, der seinen Aufgaben gewachsen ist“

„Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Strang ziehen“

über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen geschafft, das zu durchbrechen. Damit kann der Bund den Kommunen auch kurzfristig mehr Geld zur Verfügung zu stellen, um die Schulen erstmal in Ordnung zu bringen. Ich wünsche mir außerdem, dass wir Kommunen und Ländern dabei helfen, die schulische Sozialarbeit auszubauen, weil viele Probleme eher im sozialen Verhalten und der Alltagsbewältigung begründet sind. Wir brauchen einen neuen Aufbruch in der Bildung.

Wie soll diese Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen konkret aussehen?

Wir werden kurzfristig, noch vor der Bundestagswahl, zusätzlich 3,5 Milliarden Euro für die Bildungsinfrastruktur in den Kommunen bereitstellen, vor allem für finanzschwache Kommunen. Langfristig schlagen wir eine nationale Bildungsallianz vor. Dabei geht es neben der Sanierung von Schulen auch um Investitionen in die Digitalisierung

der Bildung. Digitale Bildung ist ein Schlüssel der Zukunft, dafür müssen die Schulen in jeder Hinsicht ausgestattet sein, personell, fachlich, aber auch infrastrukturell. Außerdem müssen wir in die berufliche Bildung investieren: Berufsschulen spielen eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Und last but not least: Wir brauchen mehr Ganztagschulen. Das alles gelingt nur gemeinsam. Wir schlagen dafür ein Programm vor, das im nächsten Jahr startet und bis zum Jahr 2021 erheblich dazu beiträgt, die Schulen zu sanieren, zu modernisieren und den Bereich der Ganztagschulen auszubauen.

Deutschland lebt, was öffentliche und private Investitionen angeht von der Substanz. Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Die Universitäten Mannheim und Köln haben gerade in einer Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums untersucht, wo sich Investitionen volkswirtschaftlich und sozial am meisten lohnen. Das Ergebnis: Die höchste volkswirtschaftliche Rendite schaffen Investitionen in Kitas und Schulen. Der zweite Bereich ist der Bereich der physischen Infrastruktur, also Verkehrswege, aber auch Breitbandnetze. Dazu kommen Wissenschaft und Forschung. Das sind die drei Hauptbereiche, die die Öffentliche Hand, wenn auch nicht alleine, bearbeiten muss.

„Gerade jetzt ist die richtige Zeit für staatliche Investitionen“

Die Mittel für staatliche Investitionen wären da, der Staat erwirtschaftet derzeit Überschüsse. Warum ist die öffentliche Hand derzeit zurückhaltend?

Es stimmt, die Spielräume sind da. Es muss aber auch der politische Wille da sein, in solchen Zeiten zu investieren. Da gibt es in der Koalition unterschiedliche Ansichten. Die SPD-Fraktion ist überzeugt: Wer morgen ernten will, muss heute sähen. Deshalb ist gerade jetzt die richtige Zeit, zu investieren. Da machen wir Druck, damit wir auch in dieser Legislaturperiode noch zu weiteren Fortschritten kommen.

Einen Investitionsstau gibt es auch auf Seiten der Privatwirtschaft. Wie können Investitionen von Unternehmen besser gefördert werden?

Wir müssen vor allem kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, damit sie in ihre Innovationsfähigkeit investieren. Denn diese Unternehmen profitieren in der Regel nicht von großen Programmförderungen der Öffentlichen Hand. Wir können uns vorstellen, für sie einen Forschungsbonus einzuführen. Das heißt, wenn kleine und mittelständische Unternehmen Forscherinnen und Forscher einstellen, um Innovationen zu fördern, könnte der Staat sie steuerlich

oder mit einem direkten Zuschuss unterstützen. Spielräume für Unternehmen ergeben sich auch, wenn wir unnötige Bürokratie gerade für Startups und kleinere Betriebe abbauen. Das kostet uns wenig, führt aber auf Unternehmensseite zu einem großen Ertrag. Ansonsten muss die Politik die Rahmenbedingungen dafür setzen, damit Unternehmen wieder stärker hierzulande investieren. Denn deutsche Unternehmen investieren viel Geld, aber leider zu wenig in Deutschland.

Welche Rahmenbedingungen sind das konkret?

Aus unserer Sicht betrifft das vier Felder: Wir müssen die Fachkräftebasis sichern. Hier geht es um die Aus- und Weiterbildung genauso wie um Investitionen in die Qualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Außerdem müssen wir die Infrastruktur sichern und ausbauen. Bei der Verkehrsinfrastruktur wirken wir dem Substanzverlust bereits mit hohen Investitionen entgegen, aber auch in Sachen Breitbandausbau müssen wir mehr investieren. Zudem brauchen wir im Bereich Forschung und Entwicklung mehr öffentliche Investitionen ebenso wie mehr Anreize für privatwirtschaftliche. Ganz wichtig für uns als Sozialdemokraten ist die Förderung und der Erhalt des sozialen Zusammenhalts: Eine Gesellschaft, die sozial auseinanderfällt, bleibt unter ihren Möglichkeiten und nutzt ihre Potenziale nicht. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit bedingen einander. Umgekehrt ist soziale Sicherheit ohne wirtschaftlichen Erfolg nicht zu gewährleisten. Wir brauchen beides. ■

www.spdfraktion.de

„Deutsche Unternehmen investieren viel – aber leider zu wenig in Deutschland“



Hubertus Heil beim diesjährigen Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin.

Zur Person

Hubertus Heil ist schon 1998 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Seitdem setzt er sich als direkt gewählter Abgeordneter seines Wahlkreises Gifhorn/Peine dafür ein, dass „endlich alle Menschen in Deutschland gute und möglichst gleiche Lebenschancen erhalten“.

Seit 2009 ist der Politikwissenschaftler stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und hier vor allem zuständig für die Themen Wirtschaft, Energie, Bildung und Forschung.

Von 2005 bis 2009 war Heil zudem SPD-Generalsekretär. ■

Meldungen

Geheimdienste: bessere Kontrolle

Vor anderthalb Jahren hat die SPD-Fraktion Eckpunkte für eine verbesserte parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste vorgelegt. Diese Vorschläge setzt der Bundestag nun mit einem Gesetz „zur weiteren Fortentwicklung der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes“ um. Mit dem Gesetz wird die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes verstärkt und erweitert. So soll ein Ständiger Bevollmächtigter im Auftrag des Parlamentarischen Kontrollgremiums als dessen verlängerter Arm installiert werden. Auch der Schutz von Whistleblowern in Behörden wird verbessert. ■

Weniger Bürokratie

Mit einem Gesetzentwurf will die Koalition Bürokratie für Unternehmen abbauen und ihren Verwaltungsaufwand um 360 Millionen Euro pro Jahr reduzieren. Profitieren sollen vor allem kleine Betriebe mit zwei bis drei Mitarbeitern. Sie unterliegen oft der ganzen Bandbreite an Formvorschriften, haben in der Regel aber keine Verwaltungsspezialisten. Über kürzere steuerliche Aufbewahrungsfristen von Lieferscheinen und die Anhebung der Pauschalierungsgrenzen für Rechnungen über Kleinbeträge sollen sie entlastet werden. ■



90 Prozent der Alleinerziehenden in Deutschland sind Mütter.

Alleinerziehende besser unterstützen

Die SPD-Fraktion bringt weitere Entlastungen für Alleinerziehende auf den Weg.

In Deutschland gibt es 1,9 Millionen alleinerziehende Eltern, 90 Prozent davon sind Mütter. Sie leisten enorm viel – für ihre Kinder und unsere Gesellschaft. Und obwohl die meisten gut ausgebildet und viele auch erwerbstätig sind, liegt ihr Armutrisiko und das ihrer Kinder weit über dem von „Paarfamilien“. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich daher seit Jahren dafür ein, sie stärker zu entlasten. Jetzt haben die Sozialdemokraten mit der Union und den Bundesländern mit der Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses eine

Maßnahme vereinbart, um Alleinerziehende besser zu unterstützen.

Nur die Hälfte erhält Unterhalt

Ein großes Problem für viele Alleinerziehende ist, dass sie keinen oder zu wenig Unterhalt für ihre Kinder erhalten. Der Grund: Der andere Elternteil zieht sich aus der Verantwortung zurück oder ist nicht in der Lage, den Unterhalt zu zahlen. Deshalb springt der Staat bei etwa der Hälfte der Alleinerziehenden mit dem Unterhaltsvorschluss ein. Sie erhalten für Kinder bis

zu fünf Jahren 145 Euro im Monat, ab dem sechsten Lebensjahr sind es 194 Euro. Bislang aber nur bis zum zwölften Lebensjahr des Kindes und für die Dauer von maximal sechs Jahren.

Nach den Plänen der Koalition soll sich das nun ändern. Künftig soll es den Unterhaltsvorschluss bis zum 18. Lebensjahr geben. Außerdem soll die Begrenzung der Bezugsdauer auf sechs Jahre wegfallen. Voraussetzung ist, dass die Kinder bei einem alleinerziehenden Elternteil leben und das andere Elternteil keinen oder keinen regelmäßigen Unterhalt zahlt.

Gleiche Chancen für alle Kinder

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig sagt dazu: „Wir müssen Alleinerziehende, die keinen Unterhalt vom Partner für die Kinder bekommen, besser unterstützen. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass der Unterhalt konsequent von den nichtzahlenden Elternteilen zurückgefordert wird.“

Neben der Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses plant die SPD-Bundestagsfraktion noch in dieser Legislaturperiode weitere Unterstützungen für Alleinerziehende und hat dazu Anfang September entsprechende Forderungen beschlossen. So soll es künftig einen pauschalen Umgangsmehrbedarf geben, wenn beide Elternteile SGB II-Leistungen beziehen. Außerdem soll ein Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit geschaffen werden, nach der eine Rückkehr zur ursprünglichen Arbeitszeit möglich ist. Die Unterstützung müsse zielgerichtet dort ankommen, wo sie gebraucht werde, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. „Denn jedes Kind und jeder Jugendliche muss die gleiche Chance auf ein gutes Leben haben.“ ■

Steuervermeidung verhindern

Multinationale Konzerne wie Apple oder Amazon setzen Milliarden um, zahlen in der EU aber so gut wie keine Steuern – eine große Ungerechtigkeit.

Die Gründe sind vielfältig: Informationsdefizite der nationalen Steuerverwaltungen, die unzureichende Abstimmung zwischen den Steuersystemen oder unfairer Steuerwettbewerb.

Die Sozialdemokraten wollen dieser Form von Dumping und Steuergestaltung einen Riegel verschieben. Die Europäische Union hat bereits die EU-Amtshilferichtlinie geändert, um eine einheitliche Umsetzung verschiedener OECD-Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Der Bundestag hat nun in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition dazu beraten. Das Ziel: die Gestaltungsräume für schädliche Steuerge-

staltung internationaler Konzerne eindämmen. Künftig sollen dafür Steuerverwaltungen besser über die globale Aufteilung von Erträgen und die entrichteten Steuern international tätiger Unternehmen informiert werden und sich austauschen.

Die deutschen Steuerbehörden werden künftig nicht nur länderbezogene Berichte deutscher Konzerne erhalten, sondern auch die länderbezogenen Berichte großer ausländischer Konzerne, die in Deutschland durch Tochtergesellschaften oder Betriebstätten tätig sind.

Zudem soll der automatische Informationsaustausch zwischen EU-Mitgliedstaaten auch Informationen zu grenzüberschreitenden Vorbescheiden und Vorabverständigungen über Verrechnungspreise international verbundener Unternehmen umfassen. ■

Öffentliche Sicherheit stärken



Die SPD-Fraktion hat Anfang September ein Beschlusspapier mit dem Titel „Öffentliche Sicherheit in Deutschland stärken“ verabschiedet.

Zu einem umfassenden Sicherheitskonzept gehören aus Sicht der Sozialdemokraten eine gute finanzielle und materielle Ausstattung der Sicherheitsbehörden, effektive und kontinu-

ierliche Präventionsmaßnahmen und wirksame Konzepte für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Konkret wollen die Sozialdemokraten die Polizei in Bund und Ländern um insgesamt 12.000 Stellen aufstocken und sie besser ausstatten. Zudem sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden für präventive Maßnahmen ausgeweitet werden.

Grundsätzlich will die SPD-Fraktion alles rechtsstaatlich Gebotene tun, um die öffentliche Sicherheit zu verbessern, ohne dabei in Aktionismus zu verfallen. Das heißt: sinnvolle Maßnahmen statt Scheindebatten über Burka-Verbote, die doppelte Staatsbürgerschaft oder den Einsatz der Bundeswehr im Innern. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Aufstiegsschancen schaffen

Aufstieg durch Bildung ermöglichen: Die SPD-Bundestagsfraktion will berufliche und akademische Bildung besser verzahnen.

Das sozialdemokratische Versprechen, durch Bildung gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg zu erreichen, braucht neue Impulse. Soziale Herkunft, Bildungshintergrund und Geschlecht entscheiden in Deutschland immer noch zu stark über den Bildungsweg. Wie aber können wir das Bildungssystem verbessern? Die Projektgruppe „#NeueChancen – Wertschätzung für Bildung und Arbeit“ der SPD-Bundestagsfraktion hat sich dazu in den letzten Monaten intensiv mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden und Praxis sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern ausgetauscht. Mit dem ersten Beschlusspapier der Projektgruppe fordert die SPD-Fraktion ein Bündel an Maßnahmen, um die traditionelle Trennung von beruflicher und akademischer Bildung in Deutschland zu überwinden

Chance auf Teilhabe für alle

Die Sozialdemokraten sind überzeugt: Das Bildungssystem der Zukunft muss beide Bildungsbereiche gleich wertschätzen und zwischen ihnen gleichwertige Wege und Kombinationen ermöglichen. Konkret schlägt die SPD-Fraktion in ihrem Beschlusspapier deshalb vor, die Aufstiegsfortbildung beruflich Qualifizierter zu einer



Beruflich Qualifizierte sollen leichteren Zugang zur akademischen Bildung bekommen.

höheren Berufsbildung auszubauen. „Mit einem Bundesprogramm HochschuleBerufbildung wollen wir beruflich Qualifizierten passgenaue Einstiege in akademische Bildung ermöglichen“, erklärt Oliver Kaczmarek, Leiter der Projektgruppe. Eine umfassende und ergebnisoffene Berufs- und Studienberatung solle junge Menschen zudem dazu ermuntern, unabhängig von Geschlecht und Herkunft die für sie richtige Bildungsentcheidung zu treffen.

Daneben will sich die SPD-Fraktion auch um diejenigen kümmern, die ge-

fährdet sind, von der Gesellschaft abgehängt zu werden. „Wer keine Arbeit hat, bleibt ausgegrenzt. Wir wollen allen jungen Menschen die Chance zum Einstieg ins Erwerbsleben und zur gesellschaftlichen Teilhabe geben. Deswegen muss auch die Ausbildungsgarantie umgesetzt werden“, betont Kaczmarek. Jugendlichen, die unvermittelt oder im Übergangssystem sind, werde dann ein Weg in Ausbildung aufgezeigt. Auch für junge Geflüchtete ist die Ausbildungsgarantie ein wichtiger Schritt zur Integration. ■

Mehr zum Projekt Zukunft unter spdfraktion.de/projekt-zukunft

Social Startups stärker fördern

Neue Geschäftsmodelle entwickeln und damit gesellschaftliche Probleme lösen – das ist der Ansatz von sozialen Innovationen. Beispiele für soziale Innovationen der Vergangenheit sind die Einführung der Sozialversicherung (1880) oder die Einrichtung von Hospizen (1960er). Soziale Innovationen der jüngeren Zeit sind zum Beispiel Arbeitsformen wie Telearbeit oder Konsumentformen wie Car-Sharing.

In einem Beschlusspapier – erarbeitet von der Projektgruppe #NeueErfolge im Projekt Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion – machen die Sozialdemokraten jetzt Vorschläge, wie die Politik mehr soziale Innovationen fördern kann. Es geht darum, neue Geschäftsmodelle, Verfahren und Lösungsstrategien für sämtliche gesellschaftliche Bereiche zu entwickeln, von der Wirtschaft über das Arbeitsleben bis hin zum Umweltschutz. Inno-



In Großstädten hat sich eine junge, vitale Szene von Social Startups entwickelt.

vationspolitik wird so zur Querschnittspolitik.

In den letzten Jahren hat sich vor allem in Großstädten eine junge, vitale Szene etabliert, die sozial orientiert ist und mit unternehmerischen Mitteln soziale Probleme löst – aber kaum staatliche Unterstützung bekommt.

Die Sozialdemokraten wollen laut ihrem Beschlusspapier diese „Social Startups“ im Rahmen der Gründungs- und Wachstumsförderung ebenso fördern wie „normale“ Startups. Das Ziel der SPD-Fraktion ist es, ein neues Miteinander von traditionellen Wohlfahrtsorganisationen und der neuen Bewegung von Sozialinnovatoren zu erreichen. Beide Formen könnten sich gut im Sozialstaat ergänzen.

„Wir wollen zusätzlich den Aufbau entsprechender Gründerzentren und Inkubatoren für Sozialunternehmer mit einem speziellen Förderprogramm unterstützen“, betonen die zuständigen Projektleiter Sabine Poschmann und Sören Bartol.

Die SPD-Fraktion will zudem die Beschaffungspotenziale der Öffentlichen Hand stärker nutzen und sieht dafür ein Potenzial von einem Prozent der Öffentlichen Beschaffungen. ■

Meldungen

Pflege vor Ort stärken

Der Bundestag hat Ende September den Entwurf der Bundesregierung für ein drittes Pflegestärkungsgesetz (PSG III) in erster Lesung beraten. Das Gesetz soll insbesondere die Pflegeberatung in den Kommunen verbessern und besseren Schutz gegen betrügerische Pflegedienste gewährleisten. Dafür sollen die Kommunen für fünf Jahre das Recht bekommen, aus eigener Initiative Pflegestützpunkte einzurichten. Ebenso sollen in bis zu 60 Kreisen oder kreisfreien Städten für die Dauer von fünf Jahren Beratungsstellen als Modellprojekte eingerichtet werden. Außerdem sollen sich Kommunen auch am Auf- und Ausbau der Angebote zur Unterstützung im Pflegealltag in Form von Personal- oder Sachmitteln beteiligen können. Als Folge von Betrugsfällen bei Pflegediensten soll die häusliche Krankenpflege stärker kontrolliert werden. Zudem wird mit dem Gesetz der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff in allen Sozialgesetzen verankert. ■

Blaulichtkonferenz

Die SPD-Fraktion möchte sich dauerhaft für die Stärkung des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe einsetzen und pflegt auf ihren „Blaulichtkonferenzen“ den regelmäßigen Austausch mit Fachleuten, Betroffenen und den Hilfsorganisationen. Anfang September haben die Sozialdemokraten unter dem Motto „Herausforderungen im Bevölkerungsschutz“ mit rund 300 Teilnehmern in Berlin diskutiert. „Wir wollen die Vertreterinnen und Vertreter der Hilfsorganisationen und die Fachleute, die Praktiker vor Ort, in einem offenen Dialog an der Erarbeitung unserer Konzepte beteiligen“, sagte Gerold Reichenbach, Berichterstatter für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe der SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuss. Am Ende gehe es schließlich um den Schutz und die Sicherheit unserer Bürger und die Aufrechterhaltung unserer freien und offenen Gesellschaft, ergänzte die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht. ■

Vorgestellt



Petra Ernstberger

Bereits seit dem Jahr 2004 ist Petra Ernstberger (60) Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. In diesem Amt ist sie unter anderem verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Ausschuss- und Gremienbesetzung der Fraktion. Als Abgeordnete geht es ihr seit 1994 vor allem darum, „für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis ein offenes Ohr zu haben und nicht einfach Politik über die Köpfe hinweg zu machen.“ Die Hochfränkin legt ein besonderes Augenmerk auf die deutsch-tschechische Zusammenarbeit und möchte als Vorsitzende der deutsch-tschechischen Parlamentariergruppe dazu beitragen, auf beiden Seiten der Grenze Vorurteile abzubauen. ■



Dr. Matthias Bartke

Seit 2013 vertritt Dr. Matthias Bartke (57) als direkt gewählter Abgeordneter seinen Wahlkreis Hamburg-Altona im Bundestag. Im Januar 2016 hat ihn die SPD-Bundestagsfraktion zu ihrem Justiziar gewählt. Als Justiziar berät er den Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann sowie den gesamten Fraktionsvorstand und die Verwaltung der Fraktion in rechtlichen Angelegenheiten. Darüber hinaus steht er den Fraktionsmitgliedern bei Rechtsfragen zur Seite, die mit ihrer politischen Funktion und ihrem Mandat zusammenhängen. Zudem vertritt Bartke die Fraktion in den Ausschüssen Arbeit und Soziales sowie Recht und Verbraucherschutz. ■

Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung

Weniger Fürsorge – mehr Teilhabe und Selbstbestimmung: Das Bundesteilhabegesetz soll die Inklusion weiter voranbringen.

Menschen mit Behinderung sollen ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben führen können – so wie alle anderen auch. Das ist der Grundgedanke von Inklusion. Und das ist das Ziel des Bundesteilhabegesetzes, das der Bundestag Ende September in erster Lesung beraten hat. Der Entwurf setzt die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen weiter um und ist gemäß dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ im engen Dialog mit Betroffenenorganisationen vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeitet worden.

Kern des Gesetzes ist, dass die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe ausgegliedert wird. „Wir brauchen diesen Perspektivwechsel von der Fürsorge hin zur Teilhabe“, sagt SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann. Die Eingliederungshilfe soll Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohten Menschen helfen, sich in die Gesellschaft einzugliedern und die Behinderung und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern.

Mehr vom Einkommen behalten

Ein selbstbestimmtes Leben fängt an mit eigenem Einkommen und Vermögen: Bisher konnten erwerbstätige behinderte Menschen, die Eingliederungshilfe beziehen, praktisch kein eigenes Vermögen aufbauen. Sämtliche Beträge über 2.600 Euro wurden auf die Sozialleistungen angerechnet. „Damit kann niemand eine Wohnung einrichten oder ein Auto kaufen, Teilhabe ist damit nicht möglich“ sagt Carola Reimann. Künftig soll diese Vermögensgrenze um 25.000 erhöht werden, bis 2020 sogar auf rund 50.000 Euro. Dazu werden auch die Einkommen und Vermögen von Ehe- und Lebenspartnern vollständig freigestellt. Auch die Freibeträge für Erwerbseinkommen werden für Bezieherinnen



Im Dialog: Schon im Juni hat die SPD-Fraktion auf einer Fachveranstaltung mit der Öffentlichkeit über den Gesetzentwurf diskutiert.

und Bezieher der Eingliederungshilfe um bis zu 260 Euro monatlich erhöht.

Zudem sollen Menschen mit Behinderung einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Sie können künftig wählen, ob sie in einer Werkstatt für behinderte Menschen, bei einem anderen Leistungsanbieter oder auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten wollen. Mit dem „Budget für Arbeit“ werden Arbeitgeber unterstützt, wenn sie Menschen mit wesentlicher Behinderung beschäftigen. Sie erhalten dann Lohnkostenzuschüsse von bis zu 75 Prozent.

Träger von Rehabilitationsmaßnahmen wie die Bundesagentur für Arbeit oder die gesetzliche Rentenversicherung sollen mit dem Gesetz verpflichtet werden, drohende Behinderungen frühzeitig zu erkennen und gezielte Prävention zu ermöglichen. Ziel ist, die Erwerbsfähigkeit zu erhalten.

Bei der Beantragung von Leistungen soll das Prinzip „wie aus einer Hand“ etabliert werden. Das heißt, es wird nicht mehr nötig sein, sich mit verschiedenen Behörden auseinandersetzen zu müssen. Eine trägerübergreifen-

de, unabhängige Teilhabeberatung soll dazu beitragen, dass Betroffene ihre Rechte besser wahrnehmen können. Außerdem sollen Beratungen vermehrt durch ebenfalls Betroffene erfolgen.

Weitere Verbesserungen geplant

Auch die Schwerbehindertenvertretungen will die Koalition stärken. Sie erhalten mehr Ansprüche auf Freistellungen und Fortbildungen.

Die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen der SPD-Fraktion, Kerstin Tack, machte in der Debatte auch deutlich, dass die SPD-Fraktion in der parlamentarischen Beratung Verbesserungen erzielen wolle. Den Sozialdemokraten geht es dabei unter anderem um Fragen wie die des leistungsberechtigten Personenkreises, die Wahl des Wohnortes, den Zugang zu Pflegeleistungen und die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen durch den Arbeitgeber. Um rechtzeitig Erkenntnisse über die Wirkung des Teilhabegesetzes zu erlangen, ist es zudem wichtig, dass die Umsetzung von Anfang an wissenschaftlich begleitet wird. ■

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 23. Oktober 2016

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800